No. 49163*

Austria and Switzerland

Agreement between the Republic of Austria and the Swiss Confederation on the facilitation of ambulance and rescue flights. Vienna, 3 March 2011

Entry into force: 1 November 2011 by the exchange of instruments of ratification, in

accordance with article 13

Authentic text: German

Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 5 December 2011

No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.

Autriche et Suisse

Accord entre la République d'Autriche et la Confédération suisse en vue de faciliter les vols d'ambulance et de sauvetage. Vienne, 3 mars 2011

Entrée en vigueur : 1er novembre 2011 par échange des instruments de ratification,

conformément à l'article 13

Texte authentique: allemand

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies: Autriche, 5 décembre 2011

^{*} Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes réproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

A B K O M M E N ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT ÜBER DIE ERLEICHTERUNG VON AMBULANZ- UND RETTUNGSFLÜGEN

Die Republik Österreich und die Schweizerische Eidgenossenschaft, als Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt.

Bezug nehmend auf das Abkommen vom 22. März 2000 zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen (Katastrophenhilfeabkommen).

überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, den dringlichen Transport von Verletzten oder Kranken zu regeln, die Suche nach Verunglückten und Verletzten zu ermöglichen sowie deren Rettung und Heimkehr zu erleichtern.

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1 Gegenstand

Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für die Durchführung grenzüberschreitender Ambulanz- und Rettungsflüge unter Einbezug von Außenlandeplätzen.

Artikel 2 Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

- 1. "Ambulanzflug": ein Flug zum Zwecke eines Transports von bereits ärztlich versorgten Verletzten oder Kranken;
- 2. "Rettungsflug": ein Flug zur Auffindung, zur Bergung, Versorgung und Beförderung von in lebensbedrohlichen Situationen befindlichen, kranken oder verletzten Personen sowie zur Heranbringung von Rettungs- bzw. Bergungspersonal und medizinischen Gütern;
- 3. "Entsendestaat": derjenige Vertragsstaat, von dessen Gebiet ein Ambulanz- oder Rettungsflug ausgeht;

- 4. "Einsatzstaat": derjenige Vertragsstaat, in dem ein vom Entsendestaat ausgehender Ambulanz- oder Rettungsflug durchgeführt wird und
- 5. "Leitstelle": diejenige Einsatzstelle, welche mit der Leitung und Koordination des Ambulanz- oder Rettungsflugs betraut ist.

Artikel 3 Verwendung von Luftfahrzeugen

- (1) Die für Ambulanz- oder Rettungsflüge zum Einsatz kommenden Luftfahrzeuge müssen gemäß den im Entsendestaat für diesen Einsatz jeweils anwendbaren innerstaatlichen Vorschriften ausgerüstet und zugelassen sein.
- (2) Luftfahrzeuge, die im Militär-, Zoli- und Polizeidienst verwendet werden, können die Grenze mit ihrer Bewaffnung, jedoch ohne Munition, überqueren.

Artikel 4 Verzeichnisse der Luftfahrtunternehmen

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten tauschen die Verzeichnisse der Luftfahrtunternehmen aus, die ermächtigt sind, Ambulanz- und/oder Rettungsflüge jenseits der Grenze gemäß diesem Abkommen durchzuführen. Diese Verzeichnisse werden regelmäßig überprüft und auf den neusten Stand gebracht.

Artikel 5 Außenlandeplätze

Luftfahrzeuge dürfen bei Ambulanz- und Rettungsflügen auch außerhalb von Zollflugplätzen, genehmigten Flugplätzen und Militärflugplätzen starten und landen.

Artikel 6 Koordination von Ambulanz- und Rettungsflügen

Die Koordination und Gesamtleitung von Ambulanz- und Rettungsflügen obliegt in jedem Fall der Leitstelle des Einsatzstaates.

Artikel 7 Grenzübertritt und Aufenthalt

- (1) Für den Grenzübertritt zwischen den Vertragsstaaten im Rahmen von Ambulanzund Rettungsflügen benötigen Besatzung, medizinisches Begleitpersonal und beförderte Personen keine Reisedokumente.
- (2) Die Begleitung der Verunglückten oder Verletzten durch Familienangehörige oder sonstige Begleitpersonen ist zulässig.

- (3) Jeder Vertragsstaat nimmt alle in den anderen Vertragsstaat beförderten Personen ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurück, auch wenn sie nicht im Besitz eines Reisedokuments sind, ausgenommen jene Personen, die Staatsangehörige des anderen Vertragsstaats sind oder die dort zum Zeitpunkt des Ambulanz- oder Rettungsfluges eine gültige Aufenthaltsberechtigung hatten.
- (4) Gehört die Besatzung eines Luftfahrzeuges den Sicherheits- oder Zollbehörden oder den Streitkräften eines Vertragsstaates an, so dürfen diese Personen ihre persönliche Bewaffnung samt Munition mitführen. Die Beamten sind befugt, ihre Dienstkleidung zu tragen.

Artikel 8 Grenzübergang des Materials

- (1) Die Vertragsstaaten werden gegenseitig die notwendigen Ausrüstungsgegenstände im Einsatzstaat ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherheit zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.
- (2) Die in Artikel 7 genannten Personen dürfen außer den bei Einsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und abgabenfreiem Reisegut keine Waren mitführen. Militärische und polizeiliche Luftfahrzeuge dürfen mit üblicher Ausrüstung, jedoch ohne Munition, die Grenze überqueren und im Einsatzgebiet operieren.
- (3) Für die bei Einsatzflügen notwendigen Ausrüstungsgegenstände finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit diese Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen.
- (4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Betäubungsmitteln bzw. Suchtgiften und psychotropen Stoffen in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Betäubungsmittel bzw. Suchtgifte und psychotrope Stoffe dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal eingesetzt werden.

Artikel 9 Flugdurchführung

- (1) Vor dem Überfliegen der Staatsgrenze müssen zumindest folgende Angaben fernmündlich, fernschriftlich, elektronisch oder per Flugfunk der Flugsicherungsdienststelle des Einsatzstaates bekannt gegeben werden:
 - a) Art und Kennzeichen des Luftfahrzeugs,
 - Namen der Mitglieder der Besatzung, sofern es sich um Staatsluftfahrzeuge handelt,
 - c) Abflugzeit,

- d) Flugweg, voraussichtliche Flughöhe, Flugziel und Grenzüberflugstellen,
- e) Landeort, voraussichtlicher Zeitpunkt von Abflug und Ankunft am/vom geplanten Landeplatz,
- f) Zweck des Fluges und
- g) Transpondercode.
- (2) Die zuständigen Flugsicherungsdienststellen sind:
 - a) in der Republik Österreich: Austro Control Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mit beschränkter Haftung, ACC Wien
 - b) in der Schweizerlschen Eidgenossenschaft: Skygulde, Schweizerlsche Aktiengesellschaft für militärische und zivile Flugsicherung, ACC Zürich

Eine Zuständigkeitsänderung wird im Rahmen eines Notenwechsels bekannt gegeben.

(3) Soweit sich aus diesem Abkommen nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaates anwendbar.

Artikel 10 Haftung und Gerichtsbarkeit

Soweit Angehörige der Streitkräfte in Ausübung hoheitlicher Rechte an Aktivitäten gemäß diesem Abkommen beteiligt sind, richten sich die Haftung sowie die Strafgerichtsbarkeit und die Disziplinargewalt nach dem Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen und dem dazugehörenden Zusatzprotokoll.

Artikel 11 Zusammenarbeit der Behörden

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen und treffen in gegenseitigem Einvernehmen die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Vereinbarungen und Maßnahmen.

Artikel 12 Aussetzen des Abkommens

Jeder der beiden Vertragsstaaten kann mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit oder aus militärischen Gründen die Anwendung dieses Abkommens ganz oder teilweise vorübergehend aussetzen. Hiervon ist der andere Vertragsstaat unverzüglich auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

Artikel 13 Inkrafttreten

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Es tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 14 Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann jederzeit auf diplomatischem Weg gekündigt werden. Es tritt in diesem Fall sechs Monate nach dem Zugang der Kündigungsnote beim anderen Vertragsstaat außer Kraft.

GESCHEHEN ZU Wien, am 03.03.2011, in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Republik Österreich: Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:

Maria Fekter m.p. Simonetta Sommaruga m.p.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SWISS CONFEDERATION ON THE FACILITATION OF AMBULANCE UND RESCUE FLIGHTS

The Republic of Austria and the Swiss Confederation, as contracting States to the Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944,

Making reference to the Agreement of 22 March 2000 between the Republic of Austria and the Swiss Confederation on reciprocal assistance in the event of disasters or severe accidents (disaster assistance agreement),

Convinced of the need for cooperation between the two States for the purpose of regulating the urgent transport of injured or ill persons, making possible the search for accident victims and injured persons and facilitating their rescue and return,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

The present agreement regulates the underlying conditions for the execution of crossborder ambulance and rescue flights including those making use of off-field landings.

Article 2. Definitions

For the purposes of the present agreement the following definitions shall apply:

- 1. "Ambulance flight": a flight for the purpose of transporting injured or ill persons who have already received medical treatment;
- 2. "Rescue flight": a flight for locating, recovering, caring for and transporting persons in a life-threatening state of illness or injury, or for bringing in rescue and recovery personnel and medical supplies;
- 3. "Assisting State": the contracting State from whose territory an ambulance or rescue flight starts;
- 4. "Requesting State": the contracting State in which a ambulance or rescue flight starting from the assisting State is executed; and
- 5. "Coordination centre": the functional office which is responsible for the direction and coordination of the ambulance or rescue flights.

Article 3. Use of aircraft

(1) Aircraft used for ambulance or rescue flights must be equipped and authorized in accordance with the domestic regulations covering such use in force in the assisting State.

(2) Aircraft which are used by the military, customs and police services may cross the border with their armament, but without ammunition.

Article 4. Registers of the aviation companies

The competent authorities of the two contracting States shall exchange the registers of the aviation companies which are authorized to carry out ambulance and/or rescue flights across the border in accordance with the present agreement. These registers shall be regularly examined and brought up to date.

Article 5. Off-field landing

For purposes of ambulance and rescue flights aircraft may take off from and land on locations other than airfields with customs controls, approved airfields and military airfields

Article 6. Coordination of ambulance and rescue flights

The coordination and overall direction of ambulance and rescue flights shall in every case be the responsibility of the coordination centre of the requesting State.

Article 7. Border crossing and stay

- (1) When involved in ambulance und rescue flights, the crew, accompanying medical personnel and persons being transported shall not require travel documents to cross the border between the contracting States.
- (2) Relatives of the accident or injury victims, or other appropriate persons, may be permitted to accompany them.
- (3) Each contracting State shall take back all persons transported into the other contracting State regardless of nationality, even if they are not in possession of a travel document, with the exception of those persons that are nationals of the other contracting State or at the time of the ambulance or rescue flight had a valid residence permit for that country.
- (4) If the crew of an aircraft belong to the security or customs services, or the armed forces, of one of the contracting States, such persons may carry their personal firearms, including ammunition. Such personnel shall be entitled to wear their uniform.

Article 8. Transport of material across the border

- (1) The contracting States shall reciprocally authorize the necessary items of equipment for temporary duty-free use in the requesting State without any formal procedure and without requiring a security and shall exempt from import duties any such material that is consumed.
- (2) Other than the items of equipment necessary for the operations and the duty-free travel necessities, the persons referred to in article 7 may not bring any goods with them.

Military and police aircraft may cross the border and operate in the locality of the ambulance or rescue operation with their habitual equipment, but without ammunition.

- (3) The prohibitions and restrictions on cross-border traffic of goods shall not apply to the items of equipment necessary for the ambulance and rescue flights. If such items of equipment are not consumed, they shall be re-exported.
- (4) Paragraph 3 shall also apply to the import of narcotics or addictive drugs and psychotropic substances into the requesting State and the re-export of unconsumed quantities into the assisting State. Only quantities of narcotics or addictive drugs and psychotropic substances appropriate to urgent medical needs may be imported, and such substances may be administered only by qualified medical personnel.

Article 9. Operational details of the flights

- (1) Before the national border is crossed at least the following information shall be provided by telephone, by telex, electronically or by aircraft radio to the air traffic control location of the requesting State:
 - (a) Type and identification markings of the aircraft,
 - (b) Name of the crew members, in cases where the aircraft are State-owned,
 - (c) Take-off time,
 - (d) Flight path, anticipated altitude, destination and border-crossing locations,
- (e) Landing location, anticipated take-off time and arrival time at the intended landing location,
 - (f) Purpose of the flight and
 - (g) Transponder code.
 - (2) The competent air traffic control locations shall be:
- (a) in the Republic of Austria: Austro Control, Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mit beschränkter Haftung, ACC Vienna
- (b) in the Swiss Confederation: Skyguide, Schweizerische Aktiengesellschaft für militärische und zivile Flugsicherung, ACC Zurich

Any change in competence shall be communicated by an exchange of notes.

(3) Unless the present agreement provides otherwise, the legal provisions of each contracting State governing aviation shall be applicable.

Article 10. Liability and jurisdiction

Where members of the armed forces in the exercise of sovereign rights are involved in activities regulated by the present agreement, the liability, criminal jurisdiction and disciplinary authority shall be regulated by the Status of Forces Agreement between the contracting States to the North Atlantic Treaty and the other States participating in the Partnership for Peace, and its Additional Protocol.

Article 11. Cooperation between authorities

The competent authorities of the two contracting States shall work in cooperation in accordance with the provisions of their domestic law and shall by mutual accord undertake the agreements and measures necessary to implement the present agreement.

Article 12. Suspension of the agreement

Either of the two contracting States may temporarily suspend the applicability of the present agreement, completely or in part, for considerations of public order and safety or for military reasons. The other contracting State shall be informed thereof without delay through the diplomatic channel.

Article 13. Entry into force

The present agreement requires ratification. It shall enter into force on the first day of the second month after exchange of the instruments of ratification.

Article 14. Denunciation

The present agreement is concluded for an indeterminate duration and may be denounced at any time through the diplomatic channel. In such case it shall cease to have effect six months after receipt of the note of denunciation by the other contracting State.

DONE at Vienna on 3 March 2011 in two originals in the German language.

For the Republic of Austria:

MARIA FEKTER

For the Swiss Confederation: SIMONETTA SOMMARUGA

[TRANSLATION – TRADUCTION]¹

Convention

entre la Confédération suisse et la République d'Autriche relative aux facilités accordées lors de vols d'ambulance de même que lors de vols de sauvetage

Conclue le 3 mars 2011 Instruments de ratification échangés le 21 septembre 2011 Entrée en vigueur le 1^{er} novembre 2011

La Confédération suisse

0

la République d'Autriche,

en tant que Parties à la Convention relative à l'aviation civile internationale, ouverte à la signature le 7 décembre 1944,

se référant à l'Accord du 22 mars 2000 entre la Confédération suisse et la République d'Autriche sur l'assistance mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave ,

convaincues de la nécessité de la coopération entre les deux Etats dans le but de régler le transport urgent de blessés ou de malades, de permettre la recherche de personnes accidentées ou blessées et de faciliter leur sauvetage et leur rapatriement, sont convenues de ce qui suit:

Art. 1 Objet

La présente Convention règle les conditions cadre des vols transfrontaliers d'ambulance et de sauvetage nécessitant des atterrissages en campagne.

Art. 2 Définitions

Aux termes de la présente Convention:

- (1) l'expression «vol d'ambulance» désigne un vol destiné à transporter des blessés ou des malades auxquels des soins médicaux sont déjà prodigués;
- (2) l'expression «vol de sauvetage» désigne un vol destiné à repérer, à récupérer, à ravitailler et à transporter des personnes malades ou blessées et à amener le personnel de sauvetage et de secours ainsi que des biens médicaux;
- (3) l'expression «Etat d'envoi» désigne l'Etat contractant sur le territoire duquel un vol d'ambulance ou de sauvetage commence;

- (4) l'expression «Etat requérant» désigne l'Etat contractant dans lequel un vol d'ambulance ou de sauvetage provenant de l'Etat d'envoi est effectué;
- (5) l'expression «centre de coordination» désigne le service d'intervention chargé de diriger et de coordonner le vol d'ambulance ou le vol de recherche et de sauvetage.

Art. 3 Engagement d'aéronefs

- (1) Les aéronefs engagés dans les vols d'ambulance ou de sauvetage doivent être équipés et certifiés conformément aux prescriptions nationales de l'Etat d'envoi applicables pour ces vols.
- (2) Les aéronefs engagés dans une opération militaire, douanière ou policière peuvent franchir la frontière avec leur armement mais sans munitions.

Art. 4 Listes des transporteurs aériens

Les autorités compétentes des deux Etats contractants s'échangent les listes des transporteurs aériens autorisés à assurer des vols transfrontaliers d'ambulance et/ou de sauvetage conformément à la présente Convention. Ces listes sont régulièrement contrôlées et mises à jour.

Art. 5 Places d'atterrissage en campagne

Dans le cadre d'opérations d'ambulance ou de sauvetage, les aéronefs peuvent également décoller et atterrir en dehors des aérodromes douaniers, des aérodromes agréés et des aérodromes militaires.

Art. 6 Coordination des vols d'ambulance ou de sauvetage

La coordination et la conduite générale d'un vol d'ambulance ou d'un vol de sauvetage incombent dans tous les cas au centre de coordination de l'Etat requérant.

Art. 7 Franchissement de frontière et séjour

- (1) L'équipage, le personnel médical accompagnant et les personnes transportées peuvent, dans le cadre de vols d'ambulance ou de sauvetage, franchir la frontière entre les deux Etats contractants sans pièce d'identité.
- (2) Les personnes accidentées ou blessées peuvent être accompagnées par des membres de la famille ou d'autres personnes accompagnantes.
- (3) Chaque Etat contractant rapatrie sans égard à la nationalité toutes les personnes transportées dans l'autre Etat contractant, même si elles ne possèdent aucun document de voyage, exception faite des personnes possédant la nationalité de l'autre Etat contractant ou qui y avaient au moment du vol d'ambulance ou du vol de sauvetage une autorisation de séjour valable.

¹ Translation supplied by

(4) Les membres de l'équipage d'un aéronef appartenant aux autorités responsables de la sécurité, aux autorités douanières ou aux forces armées d'un Etat contractant ont le droit d'emporter leur armement personnel avec les munitions. Les agents de l'Etat sont habilités à porter leur vêtement de service.

Art. 8 Franchissement de la frontière du matériel

- (1) Les Etats contractants admettront dans l'Etat requérant sans procédure formelle et sans prestation de sûreté, en vue d'une utilisation provisoire libre d'impôts et sous réserve de réciprocité, les équipements nécessaires et les dispenseront de droits ou taxes d'entrée, dans la mesure où ils sont consommés.
- (2) Les personnes visées à l'art. 7 ne doivent pas apporter des biens autres que les équipements nécessaires pour les opérations et les effets personnels en franchise. Les aéronefs militaires et de la police peuvent traverser la frontière et opérer dans le secteur d'engagement avec leur équipement usuel, mais sans munition.
- (3) Les interdictions et les restrictions du trafic transfrontalier des marchandises ne s'appliquent pas aux équipements nécessaires aux opérations aériennes. Dans la mesure où ils ne sont pas consommés, ces équipements doivent être réexportés.
- (4) L'al. 3 s'applique également à l'importation dans l'Etat requérant de stupéfiants et de substances psychotropes et à la réexportation dans l'Etat d'envoi des quantités non utilisées. Les stupéfiants et substances psychotropes doivent être apportés seulement dans le cadre des besoins médicaux urgents et utilisés uniquement par du personnel médical qualifié.

Art. 9 Exécution du vol

- (1) Avant le survol de la frontière étatique, les informations suivantes doivent dans tous les cas être portées à la connaissance des services du contrôle de la circulation aérienne de l'Etat requérant par téléphone, par téléfax, sous forme électronique ou par radiocommunication aéronautique:
 - a) type et immatriculation de l'aéronef;
 - b) dans le cas d'aéronefs d'Etat, le nom des membres d'équipage;
 - c) l'heure du décollage;
 - d) la route aérienne, la hauteur de vol prévue, la destination du vol et le point de franchissement de la frontière;
 - e) le lieu de destination, les heures approximatives de départ et d'arrivée respectivement depuis et sur la place d'atterrissage prévue;
 - f) le but du vol; et
 - g) le code transpondeur.

- (2) Les services compétents du contrôle de la circulation aérienne sont:
 - a) sur le territoire de la République d'Autriche: Austro Control, Gesellschaft für Zivilluftfahrt mit beschränkter Haftung, ACC Wien;
 - sur le territoire de la Confédération suisse: Skyguide, Société anonyme suisse pour les services de la navigation aérienne, ACC Zürich.

Tout modification des compétences est notifiée par échange de notes.

(3) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les prescriptions légales de chaque Partie contractante en matière de trafic aérien sont applicables.

Art. 10 Responsabilité et juridiction

Lorsque des membres des forces armées exerçant des prérogatives de puissance publique participent à des activités en vertu de la présente Convention, la responsabilité, la juridiction pénale et le pouvoir disciplinaire sont régis par la Convention entre les Etats parties au Traité de l'Atlantique Nord et les autres Etats participant au Partenariat pour la paix sur le statut de leurs Forces ainsi que par son protocole additionnel.

Art. 11 Coopération entre les autorités

Les autorités compétentes des deux Etats contractants coopèrent dans le respect du droit interne et prennent d'un commun accord les engagements et mesures nécessaires aux fins de l'exécution de la présente Convention.

Art. 12 Suspension de la Convention

Dans l'intérêt de l'ordre et de la sécurité publics ou pour des raisons militaires, chacun des deux Etats contractants peut suspendre temporairement l'application de tout ou partie de la présente Convention. L'autre Etat contractant doit en être informé sans délai par la voie diplomatique.

Art. 13 Entrée en vigueur

La présente Convention est soumise à ratification. Elle entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

Art. 14 Dénonciation

La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée et peut être dénoncée en tout temps par la voie diplomatique. Dans ce cas, elle cesse d'être en vigueur dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'autre Etat contractant aura reçu la notification de dénonciation.

Fait à Vienne, le 3 mars 2011, en double exemplaire en langue allemande.

Pour la Pour la

Confédération suisse: République d'Autriche:

Simonetta Sommaruga Maria Fekter